



Hochschulzeitung

TECHNISCHE HOCHSCHULE DRESDEN - ORGAN DER SED-PARTEIORGANISATION

TH wird umbenannt

Regierung unserer Republik stimmte einem Antrag des Senats der TH zu

Am Anfang dieses Jahres stellte der Rektor unserer Hochschule, Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner, einem Beschlusse des Senats entsprechend, beim Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, einen Antrag auf Umbenennung unserer TH in „Technische Universität Dresden“. Nachdem das Präsidium des Ministerrates diesem Antrag zugestimmt hatte, beschloß der Senat unserer Hochschule in seiner letzten Sitzung, die Umbenennungsfeierlichkeiten am 5. und 6. Oktober 1961 durchzuführen.

Aus dem Antrag des Senats

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Auf Beschluß des Senats der Technischen Hochschule Dresden stelle ich hiermit den Antrag, unsere Hochschule in „Technische Universität Dresden“ umzubenenen.

Die Bezeichnung „Technische Hochschule“ entspricht schon seit einiger Zeit nicht mehr ihrer Struktur und ihren Aufgaben. Der Bereich der Wissenschaftsgebiete, die aus innerer Notwendigkeit in die Hochschule einbezogen wurden, überschreitet schon seit geraumer Zeit den der rein technischen und auch der naturwissenschaftlichen Disziplinen. Diese wissenschaftliche Vielseitigkeit ermöglicht und verwirklicht auch das Prinzip der komplexen Arbeit in der Forschung im eigentlichen Sinne des Wortes „universitas“.

Die Bezeichnung „Technische Hochschule“ wurde gewählt bei der Umwandlung des ehemaligen königlichen Polytechnikums in eine der Universitäten organisatorisch; juristisch und strukturell angenäherte Bildungsstätte. Damit wurden zwar die technischen Disziplinen in den Bereich der Wissenschaften eingereiht; während die Bezeichnung „Hochschule“ bewußt einen Qualitätsunterschied zu den alten Universitäten aufrecht erhalten sollte. Dabei spielte u. a. der relativ enge Umkreis der an der Hochschule vertretenen Disziplinen eine Rolle. Nicht zuletzt widersetzten sich die Universitäten einer Benennung, welche die Technischen Hochschulen ihnen gleichgestellt hätten.

Bei den Universitäten handelt es sich heute, ebenso wie schon jetzt bei der Dresdner Hochschule, um Stätten der wissenschaftlichen Bildung und Forschung, denen ein relativ umfassender Charakter zukommt. Das Prädikat „technisch“ in der beantragten Bezeichnung bringt das zentrale Arbeitsgebiet zutreffend und ausreichend zum Ausdruck. Mit der Benennung als „Universität“ wird ihr universaler Charakter gekennzeichnet.

Seit Jahrzehnten haben sich hervorragende Wissenschaftler unserer Hochschule für dieses Ziel eingesetzt und die Entwicklung in dieser Richtung gefördert.

Die Hochschule umfaßt zur Zeit 10 Fakultäten mit insgesamt 60 Fachrichtungen. Sie begreift in sich in Lehre und Forschung über die technischen und naturwissenschaftlichen Wissenschaftsgebiete hinaus Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften, sowohl ökonomischer als auch humanwissenschaftlicher Natur. Ihre Ergänzung durch den weiteren Ausbau insbesondere auf den Gebieten der Philosophie, der historischen Disziplinen, der Rechtswissenschaft und der Philologie ist seit mehreren Jahren geplant.

Die beantragte Umbenennung würde diese Bestrebungen bestätigen und fördern.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung gestattet und fordert, den Universitätsgedanken mit einem neuen Inhalt zu erfüllen. Struktur und Aufgabe der Universität müssen den Leitgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus widerspiegeln, nach dem die Entwicklung der materiellen Produktion und der Produktivkräfte das entscheidende Mittel sind, die humanistischen Ziele des Sozialismus zu verwirklichen und der Menschheit den Weg in das Reich der Freiheit zu eröffnen.

Durch die Verkörperung der Einheit von Naturwissenschaften, technischen Wissenschaften und Gesellschaftswissenschaften hat die Technische Universität dazu ihren gewichtigen Beitrag zu leisten.

Die Regierung der DDR stimmte zu

Magnifizenz!

Das Präsidium des Ministerrates hat in seiner Sitzung am 23. März 1961 dem Antrag von Rektor und Senat der Technischen Hochschule Dresden entsprochen und beschlossen, der Technischen Hochschule den Status einer Technischen Universität zu verleihen.

Der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen wurde beauftragt, mit Ihnen den Zeitpunkt und die Form der feierlichen Umbenennung zu beraten und mich zu informieren. Damit ist gleichzeitig Ihr am 20. März 1961 an Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gerichtetes Schreiben beantwortet.

Mit hochachtungsvollem Gruß
Alexander Abusch



Kürzlich besuchten leitende Funktionäre der Bezirksleitung Dresden an ihrer Spitze Genosse Krollkowsk, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, unsere Fakultät für Bauwesen. Unser Bild zeigt Genossen Krollkowsk (rechts) im Gespräch mit Wissenschaftlern der Fakultät über den Entwurf des Hotels Altmarkt.

Ein Freundschaftsvertrag

wurde zwischen der TH Dresden und der Polytechnischen Hochschule Leningrad abgeschlossen

Eine Delegation von Wissenschaftlern der Polytechnischen Hochschule „M. J. Kalinin“ aus Leningrad unter Leitung des Prorektors Professor Dr.-Ing. I. Naryschkin stattete unserer Hochschule vor kurzem einen Besuch ab.

Die Wissenschaftler führten mit einer Reihe von Professoren Unterhaltungen; die einen systematischen wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch zwischen beiden Hochschulen einleiteten.

Professor Dr.-Ing. I. Naryschkin und Magnifizenz Professor Dr.-Ing. Gruner unterzeichneten abschließend in Anwesenheit des Senats einen Freundschaftsvertrag, der für dieses und das kommende Jahr die Zusammenarbeit zwischen verwandten Lehrstühlen und Instituten beider Hochschulen sowie den gegenseitigen Besuch von Professoren, Assistenten, Aspiranten und wissenschaftlichen Mitarbeitern, den Austausch von Literatur, die laufende gegenseitige Unterrichtung über die wissenschaftliche Arbeit sowie über Fragen der Ausbildung und Erziehung vorsieht.

Wörtlich heißt es in dem Vertrag u. a.: „Zu diesem Zwecke werden im vorgenannten Zeitabschnitt (2.Hälfte des Jah-

res 1961 und im Jahre 1962) sechs Professoren bzw. Dozenten der Polytechnischen Hochschule „Kalinin“ in Leningrad die Technische Hochschule Dresden für zwei bis drei Wochen besuchen.

Die Polytechnische Hochschule „Kalinin“ in Leningrad und die Technische Hochschule Dresden vereinbarten ferner: a) einen Austausch von wissenschaftlichen Mitarbeitern, Assistenten und Aspiranten in Form von wissenschaftlichen Delegationen zur Qualifizierung, Sammlung von Material und Konsultation über wissenschaftliche Fragen...

Die gesellschaftlichen Organisationen und die Redaktionen der Hochschulzeitungen werden sich über ihre Arbeit gegenseitig informieren. Unsere Hochschule wird an der Polytechnischen Hochschule Leningrad eine ständige Ausstellung einrichten, und die Polytechnische Hochschule Leningrad wird an der TH in einer Ausstellung das Leben und die Arbeit an ihrer Hochschule veranschaulichen.

Der Austausch mit den Leningrader Wissenschaftlern verlief in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit und Aufgeschlossenheit. Prof. Dr.-Ing. I. Naryschkin versicherte, daß der Geist, der dem Freundschaftsabkommen zugrunde liegt, lebendig bleiben und sich zum Wohle beider Hochschulen, zum Wohle der Ausbildung ihrer Studenten und der beiden befreundeten Länder auswirken möge.

Dr. Schulz

Unerkannt in Westberlin?

„Ist so etwas möglich?“ – „Natürlich“ antworteten uns einige Kommilitonen, als in den Seminargruppen das Gespräch darauf kam: „Wenn ich in eine wildfremde Stadt laufe, um sie kennenzulernen, wer soll mich da schon kennen oder erkennen? Was soll da schon passieren!“

Stellen Sie sich folgendes vor: Sie besuchen in Westberlin eine Sportveranstaltung. Sagen wir Eiskunstlauf. Dabei geschieht es, daß der Presse- und Informationsdienst des Senats eine Hetzbrochure gegen unsere Republik verteilt. Sie meinen, diese Geschichte sei erlunden? Leider nicht. Sie trug sich genauso bei der Eröffnung der Eiskunstlauf-Europameisterschaft im Westberliner Sportpalast zu.

Sie wollen unerkannt bleiben? Dann bleibt Ihnen doch nichts weiter übrig, als zu dem ganzen Schmutz, mit dem man in diesem Papierchen unsere Republik bewirft, zu schweigen.

In dieser Brochure wurde u. a. auch eine sogenannte „Originalkarte“ von Deutschland abgedruckt, die weite Teile der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen einschließt. – So etwas würden Sie nie billigen? Selbstverständlich nicht, welcher anständige Deutsche könnte das auch gutheißen! Aber würde Ihr Schweigen nicht Billigung bedeuten? Müßten Sie Ihren Protest nicht laut herausschreien? – Aber Sie wollten ja unerkannt bleiben!

Es ist vielleicht bequemer; sein Inkognito zu wahren und lieber einmal seine Gesinnung für ein paar Stunden an der Sektorengrenze abzulegen. Aber ist das anständig, ist es ehrlich, so etwas zu tun?

Betrachten wir jedoch noch einige andere Beispiele. Eine Eiskunstlauf-Europameisterschaft gibt es ja nicht alle Tage in Westberlin. – Da berichtet die „Berliner Zeitung“ vor einiger Zeit, daß ihr neolastisches Material vorliegt, das mit einer Verständigung der Naziorganisation „Deutsche Gemeinschaft“ verteilt worden ist. Es trägt den ausschweifreichen Titel „Der Führer des Großdeutschen Reiches/Reichskanzlei im April 1945/Testament“. – Da wird andererseits die Westberliner Zeitung „Die Wahrheit“ verlotet, weil sie die Moskauer Erklärung und den Appell an die Völker der Welt veröffentlicht. – Da stellt dritters der Bonner Ernährungsminister Werner Schwarz bei der Eröffnung der sogenannten „Grünen Woche“ in Westberlin in den Mittelpunkt seiner Rede eine unwürdevolle Hetze gegen unsere landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Das sind alles Tatsachen; ist aber nur ein Bruchteil dessen, was die Sumpfbüchse Westberlin in den Augen der Weltöffentlichkeit so verabscheuungswürdig macht.

Ach so; Sie wollten gar nicht in eine öffentliche Veranstaltung; sondern nur ganz „privat“ zu Verwandten fahren? Aber kann man denn im Gespräch, auch mit seinen Verwandten, die in Westberlin wohnen; diese Tatsachen, schon diese wenigen hier genannten; einfach mit Schneigen übergehen? Es ist wahrscheinlich am Kaffeetisch bei Tante und Onkel nicht gefährlich für Sie, Ihre Meinung über Westberlin zu sagen. Aber vielleicht ist es in manchen Fällen un bequem; „erkannt“ zu werden als ein Mensch, den die Zustände in Westberlin empören; den z. B. auch der provokatorische Aufmarsch rewanstichteter Landsmannschaften mit Fahnen; die die Namen von Städten und Gebieten

(Fortsetzung auf Seite 2)

Den Besten unser Vertrauen

Bedeutung und Ziel der Gewerkschaftswahlen an unserer Hochschule

Gegenwärtig finden an unserer ganzen Hochschule Neuwahlen zu den verschiedenen gewerkschaftlichen Leitungen statt. Wahlen sind stets Höhepunkte im Leben einer Organisation. Dennoch kann man sagen, daß die diesjährigen

Gewerkschaftswahlen noch einen besonderen Charakter tragen: Sie finden in einer Zeit statt, da der Kampf zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges sich gewaltig verschärft hat.

Gerade die letzten Wochen zeigten deutlich, daß Gewerkschaftsarbeit nicht von den großen politischen Aufgaben unserer Zeit gelöst werden kann. Ob es der Start Juri Gagarins ins Weltall, die Niederschlagung der Invasion in Kuba, der ultrakolonialistische Putsch der Generale in Algerien oder der Kampf um die Feuerscheinstellung in Laos war, an all diesen weltpolitischen Ereignissen nahmen auch die Angehörigen der Technischen Hochschule in stärkstem Maße Anteil. Sie schickten Glückwunschtelegramme nach Moskau, nahmen Protestresolutionen gegen die von den USA gelenkte Invasion an und spendeten für das kubanische Volk. Die großen Erfolge, die das Friedenslager in den vergangenen Wochen erringen konnte, zeigten uns allen: die Stimme und der Beitrag jedes einzelnen haben Gewicht! Sie wiesen zugleich auf das Hauptziel der diesjährigen Gewerkschaftswahlen hin: auch den letzten Hochschulangehörigen in den Kampf um die Sicherung des Friedens einzubeziehen, sein Verantwortungsbewußtsein für die Erhaltung des Friedens in Deutschland und in der ganzen Welt zu stärken.

Worauf muß sich die Gewerkschaftsorganisation dabei orientieren?

1. Worte und Resolutionen allein genügen nicht. Jeder muß daher noch bewußter an der politischen und wirtschaftlichen Stärkung unserer Republik teilnehmen. Die wichtigste Aufgabe unserer Hochschule ist die Ausbildung

technisch-wissenschaftlich hochqualifizierter Fachleute, die zugleich begeisterte Sozialisten sind. Für die Gewerkschaftsorganisationen kommt es daher darauf an, alle Bemühungen unserer Wissenschaftler zu fördern und ihnen besser als bisher bei der Überwindung von Schwierigkeiten zur Seite zu stehen. Die Kommissionen für Forschung und Lehre, für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für Wettbewerbe haben hier ihre besondere Verpflichtung.

Dazu gehört neben der wissenschaftlichen Arbeit auch die Bildung sozialistischer Erzieherkollektive, gehört ein wirkliches geistiges und kulturelles Leben, gehört auch der Kampf gegen alle dogmatischen und sektiererischen Einstellungen der Beschlüsse von Partei, Regierung und Gewerkschaft, der Kampf gegen Herzlosigkeit und Bürokratismus.

2. Es gilt, auch an unserer Hochschule die Arbeitsproduktivität und die Arbeitsdisziplin weiter zu erhöhen. Im Referat auf der Gewerkschaftsaktivtagung, die den Auftakt für die Wahlen gab, konnten bereits eine Reihe guter Beispiele für die hohen Leistungen sozialistischer Arbeitsgemeinschaften sowohl unter unseren Wissenschaftlern als auch unter unseren Arbeitern und Angestellten genannt werden. Die hierbei gesammelten Erfahrungen müssen nun in allen Bereichen unserer Hochschule verwertet werden. Kollegin Dr. Mühlfriedel forderte auf der Aktivtagung eine stärkere Unterstützung unserer Frauen, regte die Gründung weiterer Frauenaktive an den Fakultäten an und

kritisierte, daß nicht an allen Stellen die Qualifizierung von weiblichen Arbeitskräften genügend gefördert wird.

3. Noch größerer Anstrengungen als bisher bedarf es bei der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse sowie der persönlichen Sorge und Nöte jedes einzelnen Hochschulangehörigen. In der Diskussion auf der vergangenen Aktivtagung wurde von verschiedenen Rednern auf eine Reihe von Schwächen hingewiesen, die die Gewerkschaftsarbeit hier noch aufweist: Kollege Leopold rief dazu auf, den Pausensport, der leider an der Technischen Hochschule fast eingeschlafen ist, wieder einzuführen. Kollegin Findeisen und andere Kollegen forderten, der Arbeit mit den Kindern mehr Aufmerksamkeit zu widmen und bei der Auswahl von erfahrenen Lagerleitern und Betreuern zu helfen. Ein ernstes Problem – das bewiesen die Ausführungen mehrerer Diskussionsredner – ist auch die Wohnungsfrage. Der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Letz, führte in seinem Schlußwort aus, die HGL werde sich mit Nachdruck für alle erfüllbaren Forderungen der Gewerkschaftsangehörigen einsetzen. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß in vielen Fragen auch die Aktivität der Gewerkschaftsgruppen erhöht werden muß.

4. Vor allem kommt es darauf an, bei den Gewerkschaftswahlen, besonders bei der Auswahl der Vertrauensleute, die Kollegen auszuwählen, die den engsten Kontakt mit den Menschen ihres Bereiches haben und ihnen Vorbild sind. Den Besten unser Vertrauen!

Wir stellen vor:

Unser Vertrauensmann



Das ist die Kollegin Erika Haasej Vertrauensmann der Gewerkschaftsgruppe Kernspektroskopie. Seit ihrer Wahl im Mai 1960 ist eine deutliche Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit spürbar.

Die am Lehrstuhl bereits seit längerem bestehende Idee, sozialistische Arbeitsgemeinschaften zu gründen, wurde von ihr mit großem Eifer unterstützt und ihrem Elan ist es mit zu verdanken, daß ab Juli 1960 drei Arbeitsgemeinschaften entstanden. Die am Anfang der Arbeit auftretenden Widersprüche half Kollegin Haase erfolgreich lösen.

Zu der bevorstehenden Wahl des Vertrauensmannes sind sich alle Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe einig, daß sie die Kollegin Erika Haase wieder als Vertrauensmann wählen, da sie in des Wortes wahrster Bedeutung das Vertrauen aller genießt.